**An den**  Vorname Name

**Bundespräsidenten der**  Straße

**Bundesrepublik Deutschland**  PLZ Stadt

**Herrn Dr. Frank-Walter Steinmeier**

**Spreeweg 1**

**10557 Berlin**

 Datum

Betreff: Bitte unterzeichnen Sie die Novelle des KSG nicht!

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Dr. Steinmeier,

als Mitglied der *Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP – Die Naturschutzpartei)* sehe ich mit Sorge die aktuelle Entwicklung in unserem Land: Die jüngste [Entscheidung im Deutschen Bundestag](https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw17-de-klimaschutzgesetz-999794) vom 26. April 2024 zur Änderung des Klimaschutzgesetzes (KSG) führt – entgegen der völkerrechtlichen Verpflichtungen, die Deutschland 2015 im Pariser Vertrag einging – zu einer Abschwächung unserer Klimaschutzanstrengungen. Nach übereinstimmender Auffassung vieler Wissenschaftler sind jedoch sogar verstärkte Ambitionen zum Schutz einer sich weiter erwärmenden Welt nötig.

Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, können diesen Rückschritt Kraft Ihres Amts verhindern. **Unterzeichnen Sie diese Gesetzesnovellierung – bitte! – nicht.** Sie helfen damit unserer Mitwelt und setzen ein klares Zeichen für die sehr, sehr vielen Menschen, jung und alt, die in der Erderwärmung eine Bedrohung erkennen. Mittlerweile gibt es laut Robert Koch Institut in Deutschland durch den Klimawandel mehr Todesfälle als im Straßenverkehr (ca. 4.500 Tote durch Klimawandel, ca. 2.800 durch Verkehrsunfälle). Weitere Folgen dieser Entwicklung sind inzwischen durch Überflutungen oder Waldbrände, durch Dürren und sich aufheizende Kommunen deutlich sicht- und spürbar – auch mitten in unserem einst grünen und fruchtbaren Land.

Daher meine dringliche Bitte an Sie: Unterschreiben Sie diese Novellierung des KSG nicht, denn sie wäre eine Verschlechterung des Klimaschutzes in und für Deutschland. Helfen Sie mit Ihrer Autorität, dies zu korrigieren.

Mehrere Umweltverbände sowie Bürgerinnen und Bürger haben gemeinsam eine Verfassungsbeschwerde angekündigt. Ich unterstütze sie dabei, denn auch ich fühle mich in meinen, vom höchsten deutschen Gericht in seinem Urteil aus dem Frühjahr 2021 festgeschriebenen, Grundrechten verletzt. Wir nehmen den Spruch des deutschen Verfassungsgerichts ernst und wollen den Klimaschutz als jene Generationenaufgabe, die er ist, konsequent umsetzen. Kein Mensch, auch keine Politikerin und kein Politiker, darf sich aus dieser Verantwortung stehlen. Wer Maßnahmen, die zum Klimaschutz beitragen, nicht in Erwägung zieht, bricht laut dem [BVG-Urteil](https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2021/bvg21-031.html) Art. 20a unserer Verfassung. Das darf nicht geschehen. Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, sollen als höchster Repräsentant des Staates unsere Grundrechte schützen. Dafür können Sie nun hier und jetzt ein deutliches Zeichen setzen.

Mit freundlichen Grüßen